

# EXTRABLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe September 2023



## Schluss mit unkontrollierter Zuwanderung 3

Kurswechsel in der Asylpolitik unumgänglich.



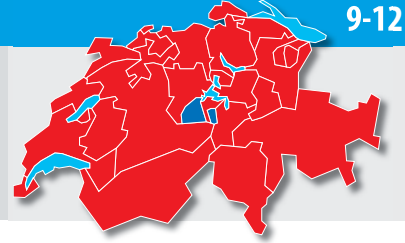
## Stopp Genderwahn und Klimakleber 7

Reden, Schreiben, Essen: So will uns Links-Grün umerziehen.



## Kanton Obwalden 9-12

Alles Wissenswerte zu den Nationalratswahlen.



# Keine 10-Millionen-Schweiz!

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht?

Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Wollen wir einfach zuschauen, wie jedes Jahr rund 80'000 Personen zusätzlich in unsere kleine Schweiz kommen? **Wollen wir eine zubetonierte 10-Millionen-Schweiz?** Oder wollen wir wieder selber bestimmen, wer in unser Land kommt und wer nicht? So kann es nicht weitergehen oder unsere schöne Schweiz geht kaputt. Allein der Bund gibt dieses Jahr über 4 Milliarden Franken für

das Asylwesen aus. **Das sind 450 Steuerfranken, die jeder von uns bezahlen muss!** In einem Jahr! Dazu kommen die Kosten in den Kantonen für Wohnungen, Krankenkasse, Sozialhilfe, Strafvollzug. Diese mehrheitlich jungen Asyl-Männer aus Afrika und arabischen Ländern leben auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Wollen wir das? Dabei können viele

Schweizerinnen und Schweizer ihre Krankenkassenprämien und Mieten kaum mehr bezahlen. Klima-Kleber, Gender-Terror, links-grüner Verbotswahnsinn: **Radikale Minderheiten wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben.** Ob wir noch Fleisch essen dürfen. Wo wir unsere Ferien verbringen. Sie wollen uns das Autofahren verbieten und keine Männer mehr

auf Strassenschildern zulassen. Sie versuchen, schon Kinder und Schüler mit ihren abstrusen Ideen zu beeinflussen. Dabei kann rund ein Viertel der Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht mehr richtig lesen, schreiben und rechnen. Welche Schweiz wollen wir? Masslose Zuwanderung, Asyl-Chaos, Energiekrise, massiv steigende Preise, Wohnungs-

not, Probleme an den Schulen, zunehmende Gewalt auf den Strassen? Oder eine Schweiz, in der sich Frauen, Kinder und Jugendliche sicher und frei bewegen können, in der sich Arbeit lohnt, in der Asylschmarotzer und Kriminelle das Land verlassen müssen? **Wir als Volkspartei haben gewählt: Wir stehen ein für eine sichere Zukunft in Freiheit.**



Wieder in den Nationalrat  
**Monika Rüegger**



Für eine  
sichere  
Zukunft  
in Freiheit



Andrina Trachsel,  
Mutter von drei Kindern, Feuerthalen (ZH)

« Als Mutter von drei Kindern wünsche ich mir gute Schulen statt Gender-Wahn und eine Schweiz, die stolz auf ihre Traditionen und Werte ist. Dafür steht die SVP! »



Deshalb  
wähle ich am  
22. Oktober





# Richtungswahl für eine sichere Zukunft in Freiheit

Ein erneuter Links-Rutsch muss am 22. Oktober unbedingt verhindert werden. Sonst geht unser schönes Land kaputt. Gewinnt die SVP, gewinnt die Schweiz.



Nationalrat **Marcel Dettling**,  
Wahlkampfleiter SVP Schweiz, Landwirt,  
Oberiberg (SZ)

um die SVP als stärkste Partei die verheerende links-grüne Politik nicht stoppen kann. **Die Erklärung:** Wir haben zwar die grösste Fraktion im Bundeshaus, können aber wenig ausrichten, solange die anderen Parteien von Links bis zur Mitte unter einer Decke stecken. Darum ist es entscheidend, dass wir neue Mehrheitsverhältnisse schaffen.

**Gehen Sie  
am 22. Oktober wählen.  
Für eine sichere Zukunft  
in Freiheit.**



Mehr SVP, damit die Schweiz Schweiz bleibt.

In welche Richtung bewegt sich die Schweiz in den nächsten Jahren? Wollen wir eine Verbotsschweiz mit immer mehr Vorschriften, Bevormundung und Umerziehung? Wollen wir immer höhere Steuern und weniger Geld zum Leben? Wollen wir noch mehr Klimakleber auf den Strassen und noch mehr Gender-Tage an unseren Schulen? Wollen wir weiterhin eine ungebremste Zuwanderung, das totale Asylchaos und eine 10-Millionen-Schweiz? Das alles – und noch viel mehr – passiert, wenn die Linken und Grünen im Herbst erneut triumphieren.

**Zu diesem Katastrophenszenario gibt es nur eine Alternative:** Die SVP muss gestärkt werden. Besorgte Bürger fragen mich manchmal, war-

## Das droht bei einem Wahlsieg von Links-Grün

### Asylchaos ohne Ende

Offene Grenzen, noch mehr Asylschmarotzer und zusätzliche Milliardenkosten: Das blüht uns bei einem Wahlsieg der Linken. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sogar Asylanten direkt in die Schweiz einfliegen. Ihre Partei, die SP, fordert die Aufnahme von Asylmigranten aus aller Welt unabhängig vom Asylstatut – aber mit vollem Zugang zu unserem Sozialstaat.

### Klima- und Verbotswahn

Die links-grüne Klimapolitik ist ein Desaster: Wir haben zu wenig Strom und die Energiepreise explodieren. Das sogenannte «Klima-Gesetz» haben die Befürworter mit der Lüge durchgebracht, es werde keine Verbote und neue Abgaben geben. Noch am Abstimmungssonntag liessen Cédric Wermuth (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) die Maske fallen und kündigten umgehend neue Verbote an.

### Ausverkauf der Heimat

Gewinnen die Linken und Grünen die Wahlen, werden sie die Schweiz in die EU und in die Nato führen. Die Neutralität wollen sie abschaffen und Schweizer Waffen und Munition in Kriegsgebiete liefern. Damit gefährden sie unsere Sicherheit, unseren Frieden und unsere Stabilität – und verkaufen unsere Heimat. Dem gilt es entschieden entgegen zu treten. Kämpfen wir für eine sichere Zukunft in Freiheit.

# Mit der SVP die Sicherheit stärken

In Europa herrscht Krieg. Doch die Armee kann die Schweiz nicht mehr verteidigen. Auch die innere Sicherheit ist in Gefahr. Nur wer die SVP wählt, macht unser Land wieder sicher.



Ständerat **Werner Salzmann**, Präsident  
der Sicherheitspolitischen Kommission  
des Ständerates (SIK-S), Mülchi (BE)

Was für ein böses Erwachen! Es herrscht wieder Krieg in Europa – mit Infanterie-Waffen, Panzern, Artillerie und Kampfflugzeugen.

Der Schock sitzt tief. Aber es ist ein heilsamer Schock. Nun ist endlich auch dem Hintersten und Letzten klar, dass mit dem Mauerfall von 1989 nicht der ewige Friede ausgebrochen ist.

Kriege, auch konventionelle, sind jederzeit möglich. Darauf muss die Schweiz vorbereitet sein.

### Armee wurde kaputtgespart

Die Armee wurde in den vergangenen Jahrzehnten systematisch kaputtgespart. Sie hat ihre Verteidigungsfähigkeit eingebüsst. 1990 wurden noch 1,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in die Armee investiert, 2019 waren es nur noch 0,7%. Wir geben heute mehr Geld aus für das Asylwesen als für die Landwirtschaft.

Das muss schleunigst korrigiert werden, wie es die SVP als einzige Partei seit Jahren fordert. Das Parlament ist endlich erwacht und will bis 2030 das Armeebudget wieder auf mindestens 1% des BIP erhöhen. Ein wichtiger und notwendiger Schritt, damit die Armee die Vollausrüstung der bestehenden Strukturen erreicht und Planungssicherheit für die Erneuerung der Systeme erhält.

### Die Schweiz ist kein sicheres Land mehr

Nicht zu vernachlässigen ist auch die innere Sicherheit. Die Kriminalität ist stark angestiegen. Einbrüche, Diebstähle, Gewalt, Drohungen, Vergewaltigungen, Randalen wie kürzlich in Lausanne, die importierte Ausländerkriminalität haben die Schweiz

unsicher gemacht. Mit der Preisgabe der Neutralität gefährden wir Frieden und Stabilität zusätzlich.

**Dieser sicherheitspolitische Schlendrian muss ein Ende haben. Das können wir nur erreichen, wenn wir am 22. Oktober die SVP wählen. Für eine sichere Schweiz!**



## Editorial

### Welche Schweiz wollen wir?



**Liebe Schweizerinnen  
Liebe Schweizer**

Welche Schweiz wollen wir? Und welche Schweiz wollen wir nicht? Genau um diese Frage geht es am 22. Oktober. Wir haben die Wahl, Sie haben die Wahl.

Ich mache mir Sorgen. Im Juni kamen meine Frau und unser Sohn abends nach Hause. Im Garten befanden sich zwei Nordafrikaner. Sie hatten bereits das Auto ausgeräumt. Die Männer waren aus der nahen Asylunterkunft.

Das ist nur einer von vielen Vorfällen in der Schweiz. Wir von der SVP kritisieren schon lange: Diese Leute haben nichts mit Asyl zu tun. Sie kommen mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Bei der grossen Mehrheit handelt es sich um junge Männer aus afrikanischen und arabischen Ländern. Sie suchen sich ihr Asyl-Land aus. Zum Beispiel die Schweiz. Weil sie wissen: Hier gibt es Sozialleistungen und sie können bleiben – dank der linksgrünen Asyl-Industrie. Wer diese Missstände ändern will, wählt SVP.

### Unser Wohlstand ist nicht selbstverständlich

Ich mache mir Sorgen um unsere Schweiz. Jedes Jahr kommen rund 80'000 Personen zusätzlich in unser Land. Das entspricht der Bevölkerung des Kantons Schaffhausen oder des Kantons Jura. Man stopft jedes Jahr zusätzlich 80'000 Menschen in unser kleines Land. Ich frage Sie: Wollen wir eine 10-Millionen-Schweiz? Noch mehr Beton? Noch mehr Kriminalität? Staus? Kaum mehr bezahlbare Wohnungen? Klassenzimmer ohne Schweizer Kinder?

Welche Schweiz wollen wir? Wir leben in einem wunderbaren Land. Aber unser Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Freiheit sind nicht selbstverständlich. Als Präsident der SVP kann ich Ihnen versichern: Wir setzen uns für die Schweiz ein. Wir lassen uns auch nicht einschüchtern und nennen Probleme beim Namen.

Wir setzen uns für all jene ein, die etwas leisten in unserem Land und Verantwortung übernehmen. Sei es im Beruf oder in der Familie und für sich selbst. Tragen wir gemeinsam Sorge zu unserer Heimat.

Mit besten Grüssen



**Marco Chiesa**  
Ständerat und Präsident  
der SVP Schweiz, Ruvigliana (TI)

### Impressum:

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 3'231'479 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | info@svp.ch | www.svp.ch | Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, www.admin.ch, www.parlament.ch, SVP Schweiz | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

**Für eine sichere  
Zukunft in Freiheit  
SVP wählen!**





# Die unkontrollierte Zuwanderung zerstört die Zukunftschancen unserer Kinder!

So sieht der Alltag in vielen Klassenzimmern in der ganzen Schweiz aus. Beispiel einer Schulklasse mit 24 Schülerinnen und Schülern in einer Realschule: 1/3 der Schüler hat Sprachprobleme, 1/3 Lernstörungen, 1/3 ist verhaltensauffällig oder verweigert häufig jede Kooperation. So ist sinnvolles Unterrichten und Lernen nicht mehr möglich. Darunter leiden alle leistungsbereiten Kinder, denn ihnen wird damit eine gute Ausbildung verunmöglicht!

**Schweizer Kinder in Minderheit** 11.00 Uhr  
In Genf sind 45% der Schülerinnen und Schüler fremdsprachig. Im Aargau haben 68% der Kinder unter 7 Jahren einen Migrationshintergrund.

**Krisensitzung statt Mittag** 12.00 Uhr  
Schulleitung, Schulpsychologin und Polizei – eine Schülerin hat einen Schweizer Freund und wird von ihrer Familie bedroht.

**Ein Viertel kann nicht richtig lesen** 13.45 Uhr  
Gemäss PISA-Studie kann ein Viertel der Schweizer Schüler nicht richtig lesen und versteht Textaufgaben nicht. Besonders in Klassen mit hohem Migrationsanteil.

**Verdacht auf Zwangsehe** 10.15 Uhr  
Nach den Sommerferien erscheint ein türkisches Mädchen nicht mehr im Unterricht. Offenbar wurde sie in ihrer Heimat verheiratet.

**Tausende Heilpädagogen** 15.00 Uhr  
A. fehlt – er hat einen Termin vor Jugendgericht. Erziehungsberatung und Psychiater sind eingeschaltet. Einweisung in Wohngruppe beantragt. Kosten muss Gemeinde übernehmen. In der Schweiz gibt es rund 6000 Heilpädagogen. Dazu kommen Logopädinnen, Förderlehrer für fremdsprachige Kinder, Schulpsychologinnen usw.

**Schüler schlägt Lehrer** 9.30 Uhr  
Ein Sek-Schüler in Pruntrut ist während des Unterrichts eingeschlafen. Als er geweckt wird, schlägt der Jugendliche dem Lehrer mit voller Wucht ins Gesicht. Jede zweite Lehrperson im Kanton Jura hat bereits Gewalt erlebt.

**Verbot von Weihnachtsliedern** 16.30 Uhr  
Mail an alle Lehrpersonen: Die Schulleitung verbietet christliche Weihnachtslieder. Aus «Rücksicht gegenüber anderen Kulturen und Religionen».

**Integration um jeden Preis** 7.45 Uhr  
Alle werden in eine Klasse gestopft: Kinder mit Behinderungen, Problemschüler, fremdsprachige Kinder. Diese linksgrüne Ideologie der Gleichmacherei («Inklusion») macht die anderen Schüler zu Bildungs-Verlierern.

**Desinteressierte Eltern** 19.00 Uhr  
Mutter von D. wieder nicht zur Sprechstunde erschienen. Somali-Dolmetscher wieder vergebens aufgebeten – bezahlen müssen wir ihn trotzdem.

**Aus dem Leben von Lehrpersonen in der Schweiz**

## Asylpolitik: Kurswechsel ist unumgänglich

Bald 40'000 Asylgesuche, überlastete Gemeinden und überforderte Behörden: Die Situation im Migrationsbereich ist desolat. Selbst die EU diskutiert eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Doch in Bundesbern bewegt sich nichts. Wann übernimmt der Bundesrat endlich Verantwortung?



Nationalrat und Ständeratskandidat **Gregor Rutz**, Mitglied Staatpolitische Kommission, Zürich (ZH)

Die weltweiten Migrationsbewegungen nehmen massiv zu. Hunderttausende strömen nach Europa. Wer so weit reist, tut dies meist aus ganz klaren Gründen. Diese Zuwanderer stossen zwar auf der Asylschiene zu uns, sind aber Wirtschaftsmigranten. Sie hoffen auf bessere Perspektiven und mehr Wohlstand. Und sie wissen: Wer einmal in der Schweiz ist, kann hier bleiben. Auch ohne Asylgrund werden sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt. Dauerhafter Aufenthalt in Europa ist garantiert – soziale Hängematte inklusive.

### Wer einmal hier ist, kann bleiben

In den letzten 20 Jahren wurden 100'690 Personen trotz abgelehntem Asylgesuch «vorläufig aufgenommen». Fast alle sind noch hier: rund 7'000 haben sogar den Schweizer Pass erhalten! Die meisten Asilmigranten bleiben für immer hier – und unser Asylsystem bietet die Voraussetzungen dazu.

Die Behörden schauen weg und tun nichts, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Seit Jahren geben wir enorme finanzielle Mittel für den Vollzug des Asylrechts aus, können aber kaum beeinflussen, wer in die Schweiz kommt: «Damit gelangen Personen zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt in die Schweiz, die man eigentlich mit Blick auf den Arbeitsmarkt und auf ihren gesellschaftlichen Hintergrund gar nicht hier haben möchte» (NZZ, 12.2.2003). In einem Satz: Es kommen zu viele und die Falschen.

### Neuausrichtung der Asylpolitik

Mit verfahrenstechnischen Änderungen sind die Probleme im Mi-

grationsbereich nicht mehr zu bewältigen. Unsere Gesetze sind veraltet. Wir müssen grundsätzlich umdenken. Potenzielle Migranten dürfen keinen Anreiz mehr haben, nach Europa zu kommen. Dazu gehört die Auslagerung von Asylverfahren.

Die EU will die Verfahren künftig an der Schengen-Aussengrenze durch-

führen. Ob dies reicht, ist fraglich. Erfolgsversprechender scheint der Weg Grossbritanniens, sämtliche Verfahren in Ruanda abzuwickeln. So will die britische Regierung illegale Einwanderer von der Überfahrt auf dem Ärmelkanal abschrecken. Auch die Schweiz muss die Auslagerung der Asylverfahren angehen. Nur so können wir das kriminelle Schlepper-

wesen und den organisierten Menschenhandel stoppen.

Wenn wir konsequent die Hilfe vor Ort ins Zentrum rücken, kann Bedürftigen gezielter geholfen werden. Hilfe und Schutz bedeuten nicht gleichzeitig Aufnahme – von dieser überholten Annahme gilt es sich zu lösen.

### Asylbewerber vergewaltigt Frau (46) in Basler WC-Anlage

Im Februar soll sich ein Mann aus Ostafrika in einer öffentlichen Toilette in Basel an einer betrunkenen Frau vergreifen haben. Unfassbar: Da der Beschuldigte bereits wegen sexueller Belästigung verurteilt wurde, hätte er sich gar nicht im Kanton aufhalten dürfen.



Quelle: Blick, 10. Juli 2023

### Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

Wer das nicht will,

wählt am **22. Oktober**  **SVP**  
Die Partei des Mittelstandes



# Die masslose Zuwanderung der letzten 15 Schweizer Bevölkerung in fast allen Leben

## Zubetonierung der Landschaft

Die Zubetonierung unserer Landschaft geht einher mit einem massiven Verlust von Landwirtschaftsflächen. Täglich werden in der Schweiz 9 Fussballfelder neue Siedlungsflächen überbaut. Gleichzeitig verschwinden jeden Tag 13 Fussballfelder an Wiesen und Landwirtschaftsland. Das führt zu einer Zersiedelung – und zu einer Schwächung der Versorgungssicherheit mit einheimischen und gesunden Nahrungsmitteln.

Für jeden sichtbar ist die dramatische Veränderung der Schweiz in wenigen Jahrzehnten. Das Mittelland ist in weiten Teilen einer Überbauungsorgie zum Opfer gefallen. Kein Wunder, wenn die Bevölkerung pro Jahr um rund 80'000 Personen wächst – hauptsächlich aufgrund der masslosen Zuwanderung. 80'000 Personen mehr pro Jahr heisst: Man stopft jedes Jahr den Kanton Schaffhausen zusätzlich in die Schweiz – und wundert sich über verschwindende Grünflächen. Es wird eng, laut und grau in unserem Land.



## Überlastetes und teures Gesundheitswesen

Auch hier sorgt die masslose Zuwanderung für steigende Kosten. Die 180'000 Personen, die letztes Jahr zusätzlich in die Schweiz gekommen sind, beanspruchen Ärzte, Zahnärzte, Spitäler, Altersheime und so weiter. Damit ist auch klar: Der Fachkräftemangel, namentlich im Gesundheitswesen, ist selbstverschuldet.

Kostenanstieg Prämien 2000 bis 2020



## Energie- und Stromverbrauch

Mehr Leute bedeutet mehr Stromverbrauch, das heisst höhere Strompreise. Hinzu kommt: Jede durch die jährliche Zuwanderung «neu entstehende Stadt» muss mit Energie und Strom versorgt werden. Diese Leute brauchen Strom, fahren Auto, wollen in einer geheizten Wohnung leben. Wie der gewaltige Strom-Mehrbedarf gedeckt werden kann, ist völlig unklar.



## Explodierende Sozialkosten

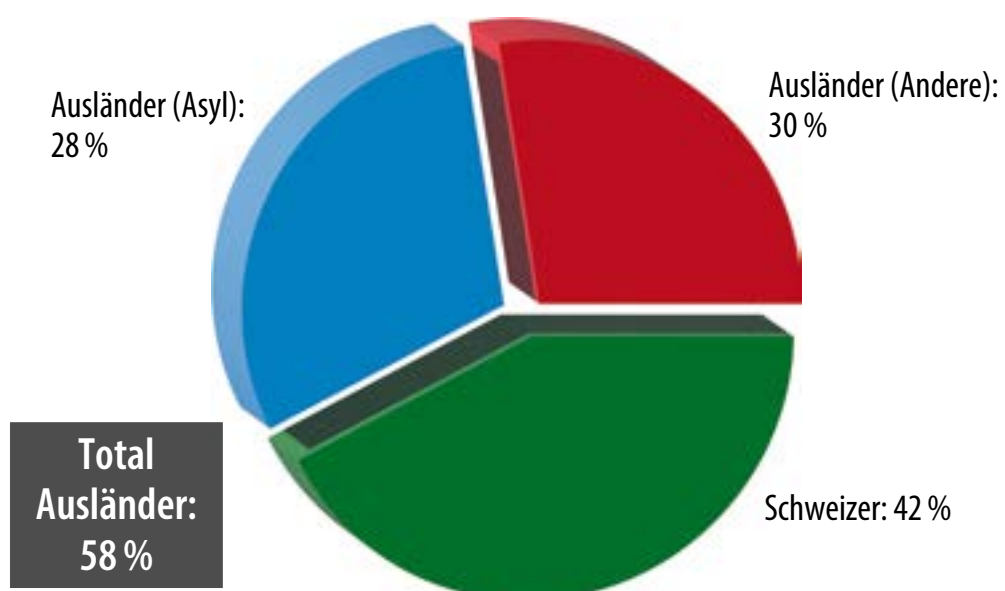
Die Ausländer beziehen viel häufiger Arbeitslosengelder und Sozialleistungen. Es findet eine milliardenteure Einwanderung in den Schweizer Sozialstaat statt. Allein die Zahl der Sozialhilfebezüger aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt 34,6 Prozent. Oder anders gesagt: Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt auf Kosten der Allgemeinheit.

Ausländer und insbesondere Asylsuchende/Flüchtlinge liegen dem Staat um ein Vielfaches mehr auf der Tasche als Schweizer. Ein Viertel aller «Schweizer» Sozialfälle verfügt über eine B-Bewilligung (hauptsächlich anerkannte Flüchtlinge mit B-Bewilligung).

37'000 Sozialhilfe-Bezüger sind «vorläufig aufgenommene» Asylmigranten mit negativem Asylentscheid. Das heisst: Jeder 8. Sozialhilfebezüger hätte eigentlich kein Recht, sich in der Schweiz aufzuhalten und dann noch auf Kosten der Allgemeinheit zu leben.

Auch bei der Arbeitslosenkasse zeigt sich das gleiche Bild. Im November 2022 waren praktisch gleich viele Ausländer (49,4 Prozent) arbeitslos wie Schweizer (50,6 Prozent). Ausländer sind also bei der Arbeitslosenkasse krass übervertreten: Ausländer sind doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer.

### Sozialhilfebezüger nach Aufenthaltsstatus, 2021



## Bildungsniveau sinkt

Schweizer Kinder werden zur Minderheit. Rund die Hälfte aller 15jährigen in der Schweiz haben einen Migrationshintergrund. Mehr als in jedem anderen Industrieland der Welt. Selbst das klassische Einwanderungsland Australien liegt deutlich zurück, geschweige denn Deutschland (28%) oder Frankreich (27%). Eine Auswertung im Kanton Aargau zeigt, dass 2021 68% der Kinder unter 7 Jahren in einem Haushalt mit Migrationshintergrund aufwachsen. Die Geburtenrate von Eritreerinnen liegt 4- bis 5-mal höher als von Schweizerinnen. In vielen Schweizer Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die nicht eine der Landessprachen sprechen, bei über 50%. Studien besagen, dass ab einem Anteil von 30% fremdsprachiger Kinder ein qualitativer Schulunterricht kaum mehr möglich ist. Gemäss der PISA-Studie von 2019 können ein Viertel der Schüler nicht richtig lesen und verstehen Textaufgaben nicht mehr.



## Infra

Die Staus...  
fünffacht!  
die Schwe...  
stoffpreise  
ihrer Anti-...  
lichen Ver...  
Anschlag.



Quelle: ASTRA



# Jahre hat die Lage für die sbereichen massiv verschärft:

## Wohnungsnot

Aufgrund der ungebremsen Zuwanderung gibt es kaum mehr freie und bezahlbare Wohnungen in unserem Land. Darunter leiden besonders Normalverdiener, Familien, Alleinerziehende und Senioren.



**Netto-Zuwanderung EU, Drittstaaten, Asyl und Schutzstatus 2022:  
plus 180'000 Personen in einem Jahr!**

**Dazu kommen 52'000 illegale Einreisen.  
Hauptsächlich aus Afghanistan und Nordafrika.  
Niemand weiss, wo sich diese Personen  
inzwischen befinden.**

## Importierte Gewalt und Kriminalität

In der Kriminalstatistik – auch bei schweren Delikten – und in den Gefängnissen sowie bei häuslicher Gewalt sind Zuwanderer gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überproportional vertreten.

So zeigt eine im September 2022 publizierte Studie der Universität Zürich, dass die sexuellen Übergriffe auf Mädchen in Sek-B-Klassen massiv angestiegen sind. Studienautor Denis Ribeaud vermutet laut «20 Minuten», dass der Anstieg der Gewalt auch mit dem hohen Migrationsanteil in den Sek-B-Klassen zusammenhänge. «Die fehlende Durchmischung spielt zweifellos eine Rolle», sagte Ribeaud auch in einem Interview mit der Sonntagszeitung. «Wenn an einer Schule die patriarchal geprägten Normen dominieren, wie häufig im migrantischen Milieu, dann gehen damit gewisse Haltungen einher.»

Die Schweiz hatte einst einen legendären Ruf als sicheres und stabiles Land. Heute zeigt sich immer mehr die hässliche Fratze der importierten Gewalt und Kriminalität. Wir haben es mit einem doppelten Problem zu tun: Die linksgrünen Parteien unterstützen die von Schlepperbanden organisierte Asylumigration in die Schweiz. Bundesbern verhindert die vom Volk angenommene Initiative zur konsequenten Ausschaffung krimineller Ausländer. Diese toxische Verbindung führt zu einer «neuen Normalität» in unserem Land:

**71 % der Insassen in Schweizer Gefängnissen sind Ausländer. In Europa: 15 %**

**56 % der Tötungsdelikte begehen Ausländer. Tätersuche, Strafverfahren, Inhaftierung und Opferhilfe kosten Milliarden.**

**57 % der Vergewaltigungen werden durch Ausländer und Asylanten verübt. Viele Frauen trauen sich nachts nicht mehr auf die Strasse.**

## Strukturen am Anschlag

Stunden auf den Strassen haben sich innert 20 Jahren verdoppelt. Doch statt endlich die Zuwanderung zu steuern, werden Treiber Autofahrer mit noch mehr Abgaben und höheren Treibstoffen abgezockt. Die Linken und ihre Klima-Kleber sorgen für Auto-Politik für noch mehr Verkehrschaos. Auch beim öffentlichen Verkehr kommen wir wegen der masslosen Zuwanderung an den



## Wohlstandsverlust

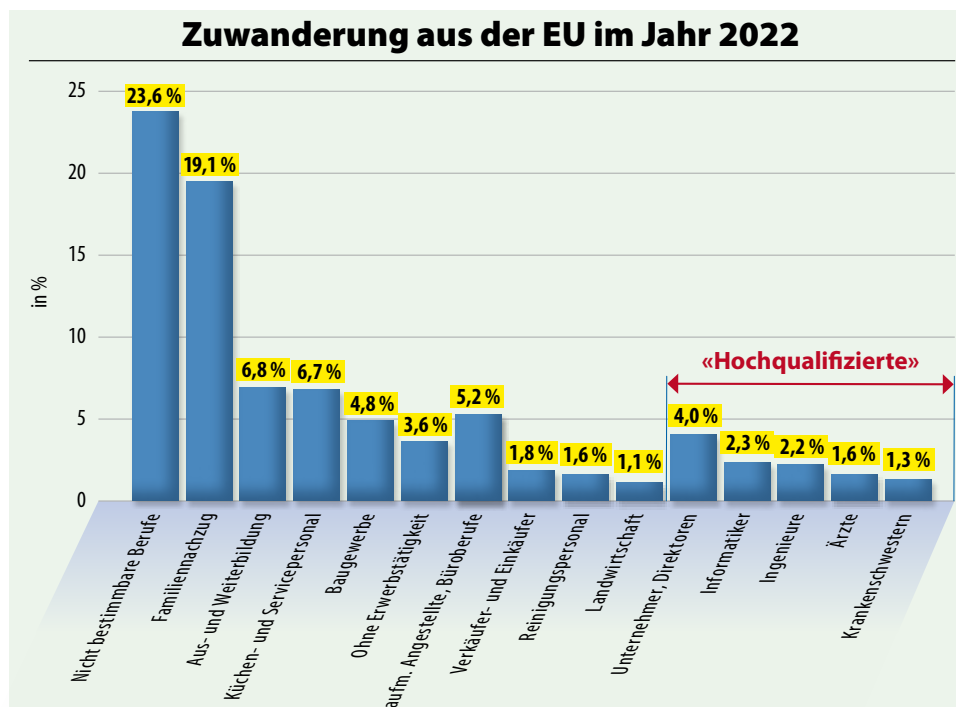
Der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf – wächst kaum noch seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007.

Oder anders ausgedrückt: Der Kuchen wird zwar leicht grösser, aber er muss für immer mehr Personen reichen.

Die Klage über den «Fachkräftemangel» in der Schweiz ist gross. Dabei wird vergessen, dass ein Grossteil der Zuwanderer gar keine Fachkräfte sind. Es dominieren Familiennachzügler und Unqualifizierte. «Vier von fünf Zuzüglern sind keine Fachkräfte», titelte die «NZZ am Sonntag». Sie beruft sich dabei auf eine Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Demnach arbeiten im Schweizer Durchschnitt nur knapp 20 Prozent der seit 2007 (volle Personenfreizügigkeit) eingewanderten Personen in einem Beruf, wo ein Mangel an Fachkräften herrscht. Bei den Grenzgängern ist sogar nur jeder Sechste ein gesuchter Spezialist. Statt dringend be-

nötigte Informatiker, Ärzte oder Informatiker führen Ungelernte ohne genügende Sprachkenntnisse die Berufsliste der Einwanderer an. Zusätzlich kritisch ist die Lage beim Familiennachzug: In den Jahren

2020 und 2021 waren es je über 40'000 Personen. **Eine an den Bedürfnissen der Schweiz und ihrer Wirtschaft ausgerichtete Migrationspolitik sieht definitiv anders aus.**



## Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz



Nationalrat  
**Manuel Strupler**,  
Gartenbauunternehmer und  
Landwirt,  
Weinfelden (TG)

Als Gartenbauer, Landwirt und Familienvater mache ich mir Sorgen: Die Schweiz wird zubetoniert. Dieses unkontrollierte Bevölkerungswachstum ist für unser kleines Land nicht mehr verkraftbar.

Allein im letzten Jahr sind netto über 180'000 Personen in die Schweiz zugewandert. Das entspricht der Stadt Basel! Dieses Bevölkerungswachstum ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Infrastruktur, Schulen, Wohneigentum, Landwirtschaftsflächen, Natur und Energieversorgung stehen vor dem Kollaps.

Darum haben wir die Nachhaltigkeitsinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» lanciert. Bei dieser wichtigen Initiative bin ich im Co-Präsidium und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir wollen eine Zuwanderung, die wir wieder selber steuern können. Aber keine Zuwanderung, die mehr Verlierer als Gewinner produziert. Retten wir gemeinsam unsere schöne Schweiz. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb bitte ich Sie: Unterschreiben Sie noch heute den beigelegten Unterschriftenbogen und motivieren Sie auch Ihr Umfeld dazu.

## Jetzt! Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben: Stopp der 10-Millionen-Schweiz



**Thomas Matter**,  
Nationalrat,  
Mitglied des  
Initiativ-Komitees

Infolge der unkontrollierten Zuwanderung in unser Land droht uns demnächst eine 10-Millionen-Schweiz. Die regelrechte Bevölkerungsexplosion überfordert unsere Infrastrukturen zerstört unsere Natur und treibt die Mieten noch mehr in die Höhe. Nach dem Zustrom von über 180'000 Menschen in einem einzigen Jahr muss jetzt endlich gehandelt werden. **Unterschreiben Sie noch heute die dieser Zeitung beigelegte Volksinitiative.**





# «Unsere Kinder sind die grössten Verlierer der missratenen links-grünen Asylpolitik»

Die Gemeinden werden von Asylanten überflutet. Nationalrätin und Gemeinderätin Martina Bircher sagt im Interview, was das kostet und welche Probleme so entstehen. Die Situation kann sich nur verbessern, wenn es nicht mehr möglich ist, in der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen.



Nationalrätin **Martina Bircher**, Aarburg (AG)

Sie sind Sozialvorsteherin in der Gemeinde Aarburg (AG). Haben Sie noch freie Plätze für Asylbewerber?

Nein, durch die kantonale Asylunterkunft übertreffen wir unser Soll schon seit Jahren und haben nicht die Absicht, zusätzliche Plätze zu schaffen.

Wie viele Asylanten müssen Sie betreuen und wie viele davon sind echte Flüchtlinge im Sinne des Gesetzes?

Mit dem beschleunigten Asylverfahren werden den Gemeinden vorwiegend vorläufig aufgenommene Ausländer zugeteilt. Wir müssten 60 Personen aufnehmen, zusammen mit den Personen mit Status S sind es insgesamt 130. Dazu kommen noch alle die Personen, welche der Bund als Flüchtlinge anerkennt, insbesondere Eritreer. Diese haben freie Wohnungswahl, davon haben wir nochmals 200 Personen.

Wie viele davon sind Familien, wie viele junge Männer?

Bei den Personen, welche über die Asylschiene in die Schweiz kommen,

sind es vorwiegend Männer. Da der Bund aber an 40% den Flüchtlingsstatus verteilt und weiteren 20% die vorläufige Aufnahme, kommen die Frauen und Kinder zeitverzögert in die Schweiz mittels Familiennachzug.

Wie viele dieser Personen leben von der Sozialhilfe?

80 bis 90% leben von Sozialhilfe, nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig. Unser Sozialsystem garantiert jedem eine Wohnung inkl. Nebenkosten, Krankenversicherung, Franchise, Selbstbehalt, weitere Gesundheitskosten (z.B. Zahnarzt), Geld für den Lebensunterhalt sowie situationsbedingte Leistungen wie Möbel, ÖV etc. Wir haben viele Fälle, welche schon über eine ¼ Million Franken gekostet haben.

Wie viel mussten die Steuerzahler für den teuersten Fall aufwenden?

Wir hatten einmal eine eritreische Frau mit 4 Kindern im Mutter-Kind Heim, das kostete 25'000 Franken pro Monat. Wenn sich die KESB einschaltet, und das ist leider oft der Fall, wird es ganz teuer. Für 130 bis 150 Franken pro Stunde wird den Ausländern beigebracht, wie sie einkaufen oder wie sie ein Znüni für die Schule machen müssen. Wenn es zu einer Fremdplatzierung kommt, sprechen wir von Kosten zwischen

7'000 und 15'000 Franken pro Monat und Kind. All das ordnet die KESB an, die Gemeinde muss es dann einfach zahlen.

Finden die Asylanten eine Arbeit?

Leider ist das schwierig. Diese Personen kommen oft aus fremden Kulturen, haben kaum Schulbildung, die Arbeitgeber warten nicht auf diese «Fachkräfte». Erschwerend kommt hinzu, dass viele sehr viele Kinder haben. Selbst wenn sie einen Job finden, können wir sie nicht von der Sozialhilfe abmelden.

In vielen Schulen gibt es kaum mehr Kinder ohne «Migrationshintergrund». Wie ist die Situation in Ihrer Gemeinde?

Nach den Sommerferien führen wir Deutsch-Frühförderung ein, weil die meisten Kinder beim Kindergarten eintritt kein Wort Deutsch können. Pro Jahrgang haben wir jeweils 100 Kinder, 50 Schweizer und 50 Ausländer. Leider haben über 50% einen Deutsch-Frühförderbedarf. Das bedeutet, dass selbst bei eingebürgerten Eltern mit den Kindern zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird. Es gibt unzählige Studien, die belegen, dass ab einem Anteil von mehr als 30% Nicht-Deutschsprechenden ein qualitativer Schulunterricht nicht möglich ist. Unsere eigenen Kinder sind die grössten Verlierer dieser verfehlten Asyl- und Einwanderungspolitik.

«80 bis 90% aller Asylanten leben von Sozialhilfe. Nach 10 Jahren in der Schweiz ist die Hälfte immer noch von Sozialhilfe abhängig.»

Sie fordern eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Was meinen Sie damit konkret?









Würde Schengen-Dublin funktionieren, hätte die Schweiz, umgeben von sicheren Staaten, kein einziges Asylgesuch. Heute ist es aber so, dass 60% legal in der Schweiz bleiben dürfen, weil der Bund sie nicht zurückweist. Weitere 20%

bleiben da, obwohl sie gehen müssten, und nur 20% werden effektiv ausgeschafft. Sprich: Wer das Zauberwort «Asyl» sagt, bleibt zu 80% in der Schweiz. Daher müssen wir das System komplett ändern: In der Schweiz darf es gar nicht mehr möglich sein, ein Asylgesuch zu stellen, dies muss in einem Drittstaat geschehen.


## Nichtintegration wird belohnt!

Was uns die links-grüne Asyl-Sozial-Industrie kostet:

Direktausgaben der Gemeinden im Aargau am Beispiel einer 4-köpfigen-Familie, die Sozialhilfe bezieht (alle Beträge steuerfrei!).

	Grundbedarf für 4 Personen	26'472.00 CHF
	Wohnung	16'800.00 CHF
	Haftpflichtversicherung	170.00 CHF
	Hausrat	245.00 CHF
	AHV-Beiträge	956.00 CHF
	Zahnarztkosten	3'500.00 CHF
	Selbstbehalt	2'100.00 CHF
	Franchise	600.00 CHF
	Brille	150.00 CHF
	Schullager	150.00 CHF

### Weitere Kosten

	Beschäftigungs-/Integrationsprogramm	7'200.00 CHF
	Deutschkurs	3'500.00 CHF
	Krankenkassenprämien	11'920.00 CHF
	Personalaufwand, Administration	2'200.00 CHF

### Einnahmen

	Kinderzulagen	4'800.00 CHF
---------------------------------------------------------------------------------------	---------------	--------------

### Total Kosten

		<b>75'963.00 CHF</b>
---------------------------------------------------------------------------------------	--	----------------------

# Asyl-Chaos: teuer, gefährlich, ungerecht

Zehntausende junge Männer kommen aus der ganzen Welt mit kriminellen Schlepperbanden in die Schweiz. Die Kantone müssen für viel Steuergeld Wohnungen mieten und stellen sogar Schweizer Mieter auf die Strasse. Die Kosten explodieren: Allein auf Bundesebene werden über 4 Milliarden Franken – fünf Prozent aller Bundesausgaben – dafür verwendet! Diebstähle, Gewalttaten, Belästigungen, Unsicherheit nehmen massiv zu.



Nationalrat **Thomas Aeschi**, Fraktionspräsident und Nationalrat SVP, Baar (ZG)

Das Chaos in der Asylpolitik belastet die Schweizer Bevölkerung. Jedes Jahr kommen Zehntausende Asyl-Migranten mit Hilfe von kriminellen Schlepperbanden in unser Land. Die Folgen dieser verantwortungslosen Politik sind fatal: Zu viele Asyl-Migranten

kommen aus frauenunterdrückenden Kulturen, sind kriminell und schlecht oder gar nicht ausgebildet – kurz: Sie sind kaum integrierbar.

### Jeder dritte Afrikaner bezieht Sozialhilfe

Die Zahl der Sozialhilfebezügler aus Afrika ist in den letzten Jahren regelrecht explodiert und beträgt heute über 38'000 Personen. Die Sozialhilfequote beträgt sagenhafte 34,6 Prozent! Jeder dritte Afrikaner, der arbeiten könnte, lebt also auf Kosten von uns Steuerzahlern.

### Junge Männer aus Afrika, Afghanistan, dem Nahen Osten usw.

Aus der ganzen Welt kommen junge Männer mit kriminellen Schlepperbanden nach Europa. Sie reisen durch

## Eritreer ersticht Mann

«Messerstecherei in Solothurn endet tödlich – beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen Eritreer.»



Quelle: Blick, 02.08.2023/ Symbolbild

sichere Länder und suchen sich das beste Asyl-Land aus: zum Beispiel die Schweiz. Warum? Sie können hier auf Kosten der Allgemeinheit leben und werden kaum in ihr Herkunftsland zurückgeschafft. Das sorgt für enorme Kosten und Probleme bei unseren Sozialwerken, im Gesundheitswesen, in den Schulen sowie bei Polizei und Justiz.

### Wer einmal in der Schweiz ist, bleibt hier

Das Asyl-Chaos zeigt sich auch im Vollzug. Das gilt insbesondere für die sogenannten «vorläufig Aufgenommenen». Sie müssten eigentlich die Schweiz verlassen, können aber angeblich nicht ausgeschafft werden. Zwischen 2011 und 2021 erhielten 65'126 Personen eine vorläufige

### Neue Normalität?

Tausende junge Männer aus Afrika, Afghanistan, Türkei usw. kommen in die Schweiz – und bleiben einfach hier! Jährlich kostet uns Steuerzahler diese Politik schon 4 Milliarden Franken – und das sind nur die Kosten des Bundes. Dazu kommen Diebstähle, Belästigungen, Gewalt.

### Wer das nicht will,

wählt am  
22. Oktober



Aufnahme. Nur gerade 112 von ihnen mussten in diesen zehn Jahren tatsächlich die Schweiz verlassen. Der Rest bleibt hier und lebt in der Regel auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung oder taucht unter.

Dieses Asyl-Chaos muss endlich gestoppt werden!

**2023: über 4 Milliarden Franken Kosten beim Bund allein! Pro Kopf und Jahr macht dies 450 Steuerfranken bzw. für eine 4-köpfige Familie 1'800 Franken**

Asylausgaben Bund 2021:  
Asylausgaben Bund 2022:  
Asylausgaben Bund 2023 (Budget):

rund 1,5 Milliarden Franken  
rund 2,4 Milliarden Franken  
über 4 Milliarden Franken



# Nein zum Gender-Wahn – Ja zur Freiheit

Ärgern Sie sich auch über all die neuen Schreibarten mit Doppelpunkten, Sternchen und anderen Symbolen? Unter dem Deckmantel der Toleranz will uns links-grün vorschreiben wie wir zu reden, zu denken und zu handeln haben. Die immer extremeren Forderungen greifen unsere freiheitlichen Werte an. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegentreten.



Ständerätin **Esther Friedli**, Gastronomin, Ebnat-Kappel (SG)

Seit einiger Zeit hören wir immer wieder Begriffe wie «Gender», «Wokeness» und «Cancel Culture». Unter diesen Begriffen können sich viele von uns nichts vorstellen oder denken sich dabei nichts Böses. Doch was harmlos tönt, ist in höchstem Masse beunruhigend. Entstanden sind diese Begriffe an amerikanischen Universitäten von Menschen, die sich zu den Eliten zählen und sich als tolerant und links bezeichnen.

Die konkreten Auswüchse dieser Ideologie treten auch bei uns immer mehr zum Vorschein: Dass zum Beispiel eine der für mich besten Süssigkeiten – der Mohrenkopf – nicht mehr so benannt

werden darf. Eine kleine Minderheit hat auf einen Grossverteiler so lange Druck ausgeübt, bis er ein Produkt, das der Hersteller immer noch Mohrenkopf nennt, aus den Verkaufsregalen genommen hat.

Oder unter dem Begriff «kulturelle Aneignung» dürfen Rasta-tragende weisse Musiker nicht mehr auftreten oder müssen ihr Konzert abbrechen, weil angeblich nur Schwarze Rasta-Frisuren tragen dürfen. Studenten berichten, dass sie in ihren Arbeiten eine gendergerechte Sprache verwenden müssen, sonst drohten ihnen Notenabzüge.

## «Gender-Ideologie» dringt immer mehr in die Politik vor

Ein Auswuchs dieser links-grünen Ideologie aus den Städten ist «Gender». Bei dieser Ideologie wird davon ausgegangen, dass man nicht von Geburt an ein Geschlecht hat, sondern das Geschlecht frei wählen kann. Dabei gibt es nicht nur Frau und Mann, sondern Dutzende verschiedene Geschlechter.

Diesen Gender-Unsinn lesen und hören wir leider in immer mehr Medien. Und um niemanden irgendwie zu diskriminieren oder zu «verletzen», wird auch auf allen möglichen Einladungen «Parlamentarier:innen», «Freund\*innen» oder sonst etwas geschrieben. Auch öffentliche Verwaltungen üben sich im «gendern». Ob die deutsche Sprache noch lesbar ist, wird dabei immer unwichtiger. Hauptsache, niemand fühlt irgendetwas Negatives. Und um ganz korrekt zu sein, wird sogar «das Mitglied» in «liebe Mitglieder:innen» umgewandelt. Dabei wird die Sprache mit den vielen Sonderzeichen immer unverständlicher – gerade auch für Menschen mit einer Sprachschwäche oder für fremdsprachige Personen.

## «Geschlechtsneutrale» Toiletten an Schulen?

Wir erleben den Genderwahn aber nicht nur in der Sprache, auch in der Politik greift dieser wild um sich: In den Städten Zürich und Luzern sollen neu ein Drittel der Toiletten an den Schulen «geschlechtsneutral» sein. Pissoirs werden abgeschafft. An

«Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.»



Völlig überflüssig: Links-Grüne Gender-Ideologen wollen flächendeckend für viel Geld die Strassenschilder mit sog. gendergerechten Schildern ersetzen.

gewissen Schulen wird gar propagiert, ein anderes Geschlecht auszuprobieren bzw. dem Kind noch keinen Namen zu geben. Ohne Einwilligung der Eltern werden minderjährige Kinder diesem Gender-Irrsinn ausgesetzt.

Es gibt eine kleine Minderheit, die im falschen Körper geboren wurde und deren Probleme man ernst nehmen muss. Aber muss das jetzt die ganze

Gesellschaft betreffen? Muss sich nun jede und jeder fragen, ob er im richtigen Körper geboren wurde? Ich meine nein.

Und man fragt sich: Was kommt als Nächstes? Wo ist eigentlich der gesunde Menschenverstand geblieben? Mit solchen Sachen können sich nur abgehobene Eliten und Parteien beschäftigen, die keine wirklichen Probleme kennen.

## Versorgung mit einheimischen Nahrungsmitteln in Gefahr

Der Hauptauftrag der schweizerischen Landwirtschaft ist in der Bundesverfassung festgeschrieben: die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln. Die Versorgung ist jedoch massiv gefährdet.



Nationalrat **Alois Huber**, Meisterlandwirt und Vizepräsident Schweizerischer Bauernverband, Wildeggen (AG)

Die Bauerfamilien leisten einen wichtigen Beitrag an unsere Ernährungssicherheit. Doch wir könnten heute im Krisenfall nur noch jede zweite Person in der Schweiz ernähren. Das zeigt der sogenannte «Selbstversorgungsgrad»: Er misst in Prozenten, wie viel unseres Lebensmittelbedarfs noch in der Schweiz produziert wird. Der Selbstversorgungsgrad lag 2020 noch bei netto 49 Prozent.

Der Selbstversorgungsgrad ist den letzten zwanzig Jahren um über 10 Prozent gesunken. Der wichtigste Grund ist das starke Bevölkerungswachstum: plus 1,5 Millionen seit 2002. Die Schweiz wird zubetoniert. Die Siedlungsfläche hat seit 1980 um 31 Prozent zugenommen – auf Kosten der Land-

wirtschaftsfläche. Die Ackerfläche pro Kopf liegt in der Schweiz noch bei 470 m<sup>2</sup>. Zum Vergleich: In Österreich sind es 1500 m<sup>2</sup>, in Deutschland 1410 m<sup>2</sup> pro Kopf.

Der zweite Grund, warum wir in der Schweiz immer weniger Lebensmittel produzieren, sind die ökologischen Vorschriften. Durch die aktuelle Agrarpolitik werden heute in der Schweiz circa 20 Prozent des Kulturlandes extensiv bewirtschaftet: also viel Ökologie, aber wenig Produktion.

Wollen wir in Zukunft eine totale Abhängigkeit in der Lebensmittelversorgung vom Ausland verhindern, darf der Selbstversorgungsgrad nicht weiter sinken, sondern muss wieder erhöht werden.

Dies gelingt aber nur, wenn wir das Bevölkerungswachstum stoppen und die Agrarpolitik für eine produzierende Landwirtschaft anpassen.



Die Krisen der letzten Jahre und Monate haben gezeigt, wie wichtig eine starke einheimische produzierende Landwirtschaft ist.

## Stau auf den Strassen, Klima-Kleber, Feindbild Autofahrer

Jeden Tag stehen wir im Stau – wichtigste Ursache dafür ist die masslose Zuwanderung. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden. Doch auch die schikanöse links-grüne Verkehrspolitik und ihre Klima-Kleber richten massiven Schaden an.



Nationalrat und Ständeratskandidat **Benjamin Giezendanner**, Transport-Unternehmer, Rothrist (AG)

Die masslose Zuwanderung bringt unsere Infrastruktur an den Rand des Kollapses. Das erleben wir täglich mit den Staus auf unseren Strassen. Seit 1995 sind über 1,5 Millionen Personen zugewandert. Die jährlichen Stautunden auf den Nationalstrassen haben sich seit 2000 vervierfacht!

Zum persönlichen Ärger kommen die massiven Kosten. Als kantonaler Gewerbeverbandspräsident und Transportunternehmer sind mir die Horror-Zahlen bekannt: Jeden Tag häufen sich auf den Schweizer Strassen 200'000 Stunden Verspätung an. Die verlorene Zeit kostet rund 3 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind übrigens die aktuellen Zahlen des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE.

Die Mobilität ist der Motor unserer Volkswirtschaft. Wir zerstören unseren Wohlstand, wenn wir nicht zu einer vernünftigen und massvollen Zuwanderung zurückkehren.

## Abzockerei der Autofahrer

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind auf ein Auto angewiesen: Familien, Pendler, Handwerker, Menschen in ländlichen Gebieten. Die SVP wehrt sich gegen die Abzockerei der Autofahrer: Nur schon die Mineralölsteuer (inkl. Zuschläge) machen 1570 Franken im Jahr aus<sup>1</sup>. Dazu kommen: Motorfahrzeugsteuer (im Schnitt 360 Franken), Autobahn-Vignette (40 Franken), Automobilsteuer, öffentliche Parkgebühren usw. Jeder Haushalt mit Auto zahlt mehr als 2000 Franken im Jahr an Abgaben.

Offenbar nicht genug für die links-grünen Parteien. Die grüne Fraktionschefin forderte einen Benzinpreis von 5 Franken pro Liter. Das wären rund 250 Franken pro Tankfüllung! Unbezahlbar für die meisten Schweizerinnen und Schweizer.

## Klimakleber schikanieren Autofahrer

Klima-Kleber blockieren Strassen. Sie schikanieren die arbeitende Bevölkerung. Vor allem in den links-grün regierten Städten wird eine autofeindliche Politik betrieben: Aufhebung von Zufahrtsstrassen, Abbau von Parkplätzen, 30er-Zonen auf Durchgangsstrassen, Bussen-Terror, horrenden Parkgebühren. Manchmal möchte man ein Experiment machen: Was würde wohl passieren, wenn die Handwerker und Lieferanten von Gütern und Lebensmitteln die links-grünen Städte eine Woche bestreiken würden ...

Wer diese autofeindliche Politik korrigieren will, wählt im Oktober die SVP.

<sup>1</sup> Wohin fließen die Milliarden? - AUTOMOBIL REVUE

## Stautunden 2008 – 2022





# Wollen Sie eine 10-Millionen-Schweiz?

Immer mehr Einwanderung bedeutet höhere Mieten, mehr Ausländerkriminalität, verstopfte Strassen, sinkendes Bildungsniveau.

Mit einer kontrollierten Einwanderung schützen wir uns, unsere Kinder, unsere Natur und erhalten unsere lebenswerte Heimat.



**Sie haben die Wahl!**

**Am 22. Oktober SVP wählen.  
Danke.**

## Grosses Wahl-Quiz Mitmachen und gewinnen!

[www.svp.ch/wettbewerb](http://www.svp.ch/wettbewerb)

**01. Wie viele Menschen sind 2022 netto in die Schweiz eingewandert?**

180'000 = S  
 90'000 = X  
 150'000 = Y

**02. Wie hoch belaufen sich die Kosten für das Asylwesen beim Bund im 2023?**

1 Mrd = OR  2,5 Mrd = LZ  
 4 Mrd = VP

**03. Was ist das Ziel der neuen SVP Volksinitiative?**

Kriminelle Ausländer ausschaffen = P  
 Keine 10-Millionen-Schweiz = W

**04. Was ist das Ziel des Gendersterns?**

Politische Bevormundung = ÄH  
 Bessere Orientierung am Sternenhimmel = ÖR

**05. Was ist das Wahlkampf-Motto der SVP?**

Für eine sichere Zukunft in Freiheit = L  
 Für eine sichere Freiheit in Zukunft = R

**06. Wie viele Bundesräte hat die SVP?**

Leider noch keine = BN  
 Bereits zwei = EN

Machen Sie beim Wettbewerb online mit:  
[www.svp.ch/wettbewerb](http://www.svp.ch/wettbewerb)

Die richtige Lösung lautet:

01. 02. 03. 04. 05. 06.

Kreuzen Sie die richtigen Antworten an, schreiben Sie die Buchstaben in der Reihenfolge der Fragen auf und schicken Sie die Lösung ein. Einsendeschluss: 22. Oktober 2023

**1. – 5. Preis: Persönliche Einladung von alt Bundesrat Christoph Blocher zu sich nach Hause. Er führt Sie und eine Begleitperson Ihrer Wahl exklusiv durch seine private Bildersammlung der Künstler Anker und Hodler.**

Die Gewinner werden Ende Oktober 2023 schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.  
Natel Nummer: \_\_\_\_\_
- Bitte senden Sie mir kostenlos das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für die Plakate der **SVP-Wahlkampagne** zur Verfügung zu stellen.
- Ich unterstütze die **SVP-Wahlkampagne** (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden):
- Ich spende \_\_\_\_\_ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

**Ausschneiden und in einem Couvert senden an:**  
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern  
E-Mail: [info@svp.ch](mailto:info@svp.ch), Telefon: 031 300 58 58

[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

**SVP**  
SCHWEIZER QUALITÄT  
Die Partei des Mittelstandes



# Wieder in den Nationalrat



*Liebe Obwaldensinnen, liebe Obwaldener*

Seit vier Jahren darf ich Sie als Nationalrätin in Bern vertreten. Die Aufgabe bereitet mir Freude. Ich bin sehr motiviert, für eine weitere Amtsperiode zu kandidieren.

Es war mein Ziel, Ihre Interessen so **mehrheitsfähig** wie möglich zu vertreten. Das ist sehr ausgeprägt gelungen – siehe Seite 10.

Politiker brüsten sich gerne damit, wie stark sie sich für die **Wirtschaft** einsetzen. Der Schweizerische Gewerbeverband wollte es genau wissen. Er hat untersuchen lassen, wie sich die Parlamentarier bei 459 KMU-relevanten Abstimmungen tatsächlich verhalten haben. Ich gehöre zu den **wirtschaftsfreundlichsten Parlamentariern** – siehe Seite 11.

Ich stehe ein für eine produzierende, moderne **Landwirtschaft** mit Fokus auf unsere regionale, voralpine Land- und Milchwirtschaft. Bei Abstimmungen habe mich darum nachdrücklich ge-

gen die schädlichen Agrarinitiativen und für den Schutz gegen den Wolf eingesetzt.

Die Schweiz muss **weltoffen** sein und gleichzeitig ihre **Traditionen** und Werte bewahren. Vielfalt und kulturelle Identität machen unser Land aus. Der Schutz der Identität und die Pflege unserer Kultur bedeutet aber auch, Verantwortung zu übernehmen und die **Migration** in Zukunft wieder selber zu steuern. Die Schweiz gelangt bedenklich schnell an ihre Grenzen. So, wie die letzten Jahre, kann es nicht weitergehen.

Mit Ihrer Unterstützung am 22. Oktober setze ich meine Arbeit engagiert fort, mit Herzblut und Verstand, für die Einwohner Obwaldens und für eine lebenswerte Schweiz.

Herzlichen Dank für Ihre Wahl!

*Monika Rüegger*

[www.monika-ruegger.ch](http://www.monika-ruegger.ch)

# Monika Rüegger

## bisher

### STECKBRIEF

#### Persönlich

Monika Rüegger-Hurschler (55), Engelberg; verheiratet, Mutter von vier Söhnen

#### Ausbildung

Dipl. Metallbauplanerin/Projektleiterin

#### Hobbys

Natur, Wandern, Klettern, Ski fahren, Golf spielen, Traditionen pflegen, Reisen, Zeit mit Familie und Freunden verbringen

#### Politik

- Nationalrätin Obwalden seit 2019
- Mitglied der Begleitgruppe nationaler Tourismuspolitik
- Mitglied Kommission UREK
- Kantonsrätin Obwalden 2010–2020
- Schulrätin Engelberg 2011–2020
- Parteipräsidentin SVP OW 2016–2023
- Ortsparteipräsidentin E'berg 2018–2021

#### Weitere Tätigkeiten

- Beirat Standortpromotion Obwalden
- Auslandschweizerrat
- Patronatsmitglied Winterhilfe Obwalden
- Bürgerliche Frauen Schweiz, Präsidentin
- Schweizerisches Konsumentenforum, Beirat

[www.monika-ruegger.ch](http://www.monika-ruegger.ch)





# «Die hohen Strompreise sind ein Problem»

## Monika, warum kandidierst Du erneut für den Nationalrat?

Weil ich mich gerne für die Bürger, die Wirtschaft und unser Wohlergehen einsetze. Weil man einiges bewegen kann und mir die Tätigkeit sehr gefällt.

## Welches Ereignis hat Dich in den letzten vier Jahren am meisten beschäftigt?

Die Corona-Lockdowns, die unverhältnismässig harten Verbote und Einschnitte. Ich selber war geimpft, aber erschüttert, wie intolerant Politiker, Organisationen und Medien Menschen behandelt haben, die sich aus freiem Willen nicht haben impfen lassen. Es stimmt mich bis heute nachdenklich, wie Teile der Bevölkerung ausgegrenzt und stigmatisiert wurden.

## Mit «Beizen für Buezer» konntest Du einen grossen Erfolg feiern. Warum hast du diese Petition lanciert?

Im Familienkreis gab es einige Handwerker, die vom Lockdown bei Minustemperaturen betroffen waren. Es war für mich klar, dass man handeln musste, zumal der Bundesrat keinen Handlungsbedarf sah. Die Petition wurde schliesslich innerhalb weniger Wochen von über 50'000 Schweizerinnen und Schweizern unterzeichnet. Mit dem Resultat, dass im Freien tätige Handwerker, Monteure etc. ihre

Mittagsmahlzeiten im Winter an der Wärme einnehmen konnten.

## Schauen wir nach vorne. Warum sollen Dich die Obwaldnerinnen und Obwaldner erneut in den Nationalrat wählen?

Weil ich Werte vertrete, die unser Land erfolgreich gemacht haben: Direkte Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung – und Weltoffenheit. Ich habe eine realistische Sicht auf die Dinge, einen bodenständigen Lebensbezug und bin pragmatisch. Ich politisiere engagiert und verlässlich bürgerlich. Und erst noch nahe am Puls der Bevölkerung.

«Ich politisiere verlässlich bürgerlich.»

## Wie kommst Du darauf?

Bei insgesamt 36 eidg. Abstimmungen in der vergangen-

Legislatur stimmte ich bei über 80% aller Vorlagen wie die Mehrheit der Obwaldner Stimmbevölkerung. Ein überdurchschnittlich hoher Wert, der mich sehr freut!

## Was bereitet Dir im Hinblick auf die Zukunft Sorgen?

Die nach wie vor unkontrollierte Einwanderung; mit erheblichen Belastungen auf die gesamte Infrastruktur, unsere Sozialwerke und den Wohlstand. Migration ja, aber in gesundem Mass. So viel Einwanderung wie die letzten 20 Jahre kann unser Land nicht mehr verkraften. Wir müssen das künftig klug und selber steuern.

## Was beschäftigt Dich sonst noch?

Das Thema Energie. Wird es uns gelingen, genügend bezahl- und verfügbare, sichere Energie zu haben? Wir schauen diesbezüglich leider unsicheren Zeiten entgegen.

## Und das Klima?

Fakt ist: es wird wärmer. Gerade in Engelberg stellen wir seit Jahrzehnten fest, dass unsere Gletscher schmelzen. Selbstverständlich müssen wir zur Umwelt und dem Klima Sorge tragen. Sehr viele Menschen und Unternehmen tun dies bereits, und zwar vorbildlich. Was mir Sorge bereitet, ist die radikale Aggressivität, mit welcher das Thema Klima politisch und ideologisch bewirtschaftet wird. Und wie in diesem Kontext mit anderen Meinungen umgegangen wird.

## Wie meinst Du das?

Wir leben in einer Zeit, wo nahezu täglich Begriffe oder Themen zu Minenfeldern erklärt werden. Wer zum Beispiel die Klimaerwärmung differenziert betrachtet, wird schnell als Klimaleugner vorverurteilt. Das ist nicht gut.

## Konkret?

Die Meinungsäusserungsfreiheit ist unter Druck. Andere Meinungen werden, insbesondere von links-grünen Kreisen, schnell als 'no go' weggeputzt. Die Bereitschaft, ein Thema in – bisweilen har-



Keystone, Peter Klauzner

ten – Auseinandersetzungen aufzuarbeiten, ist gesunken. Mangels Argumenten führt man lieber Diskussionen über den Stil. Dabei ist es die Meinungsäusserungsfreiheit, die Vielfalt der Sichtweisen, die letztlich immer zu Kompromissen geführt hat, die die Schweiz erfolgreich werden liessen. Ich ermuntere alle: sagt, was Ihr denkt, steht zu Eurer Meinung, lasst Euch nicht in eine Pfui-Ecke stellen. Das bessere Argument soll gewinnen.

«Ich ermuntere alle: sagt, was Ihr denkt. Steht zu Eurer Meinung.»

## Was wünschst Du Dir für Obwalden?

Dass unser Kanton so bleibt, wie er ist. Eine schöne, vielseitige und gepflegte Landschaft. Überschaubar. Geerdete Einwohner mit viel gesundem Menschenverstand; traditionellen Werten verpflichtet, dennoch offen für

Neues. Innovative und erfolgreiche Firmen – und natürlich eine attraktive Tiefsteuerepolitik, die allen dient.

## Dein Schlusswort

Ich freue mich, wenn ich die Obwaldnerinnen und Obwaldner weitere vier Jahre in Bern vertreten darf und danke heute schon für Ihre Stimme. Speziell danken möchte ich bei dieser Gelegenheit meinem Freundes- und Bekanntenkreis für die vielseitige Unterstützung, insbesondere meiner Familie, meinem Mann und meinen Söhnen. Sie unterstützen mich – und sie stehen auch hinter mir, wenn es mal unbequem rumpelt und «tschädderet».



Interview: Marcel Schelbert, Präsident SVP Obwalden

# So nahe politisieren die Parteien an der Obwaldner Bevölkerung

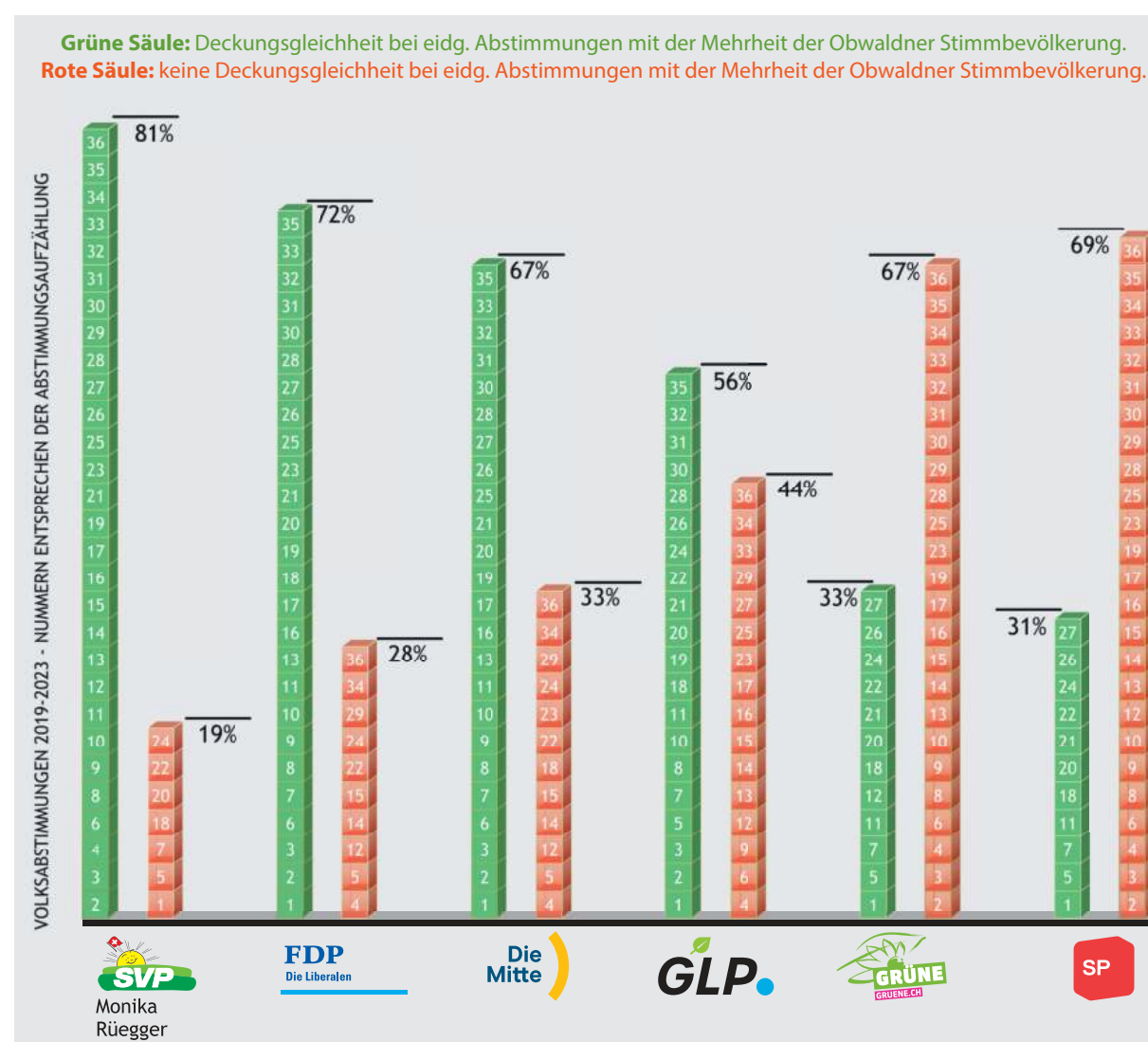
Vor vier Jahren hat Monika Rüeeggler ihr Amt als Nationalrätin angetreten. Unter anderem mit dem Ziel, in Bern die politische Haltung möglichst vieler Obwaldnerinnen und Obwaldner zu vertreten. Ist ihr dies gelungen?

Am besten lässt sich dieses Ziel an der Realität messen. Die Realität sind Abstimmungen:

Während der Legislatur 2019 bis 2023 kam es zu 36 eidgenössischen Volksabstimmungen. Monika Rüeeggler hat in über 81% dieser Abstimmungen dieselbe Meinung wie die Mehrheit der Obwaldner Stimmbevölkerung vertreten.

Ein überdurchschnittlich hoher Wert, insbesondere im Vergleich mit anderen Parteien, wie die Grafik eindrucksvoll zeigt.

## Eidg. Volksabstimmungen: Was die Parteien empfohlen haben, wie die Bevölkerung abgestimmt hat



36	Klimagesetz	18.06.2023
35	OECD-Steuer	
34	Covid-19 Gesetz	
33	Massentierhaltung	
32	AHV-Revision	25.09.2022
31	MwSt-Erhöhung	
30	Verrechnungssteuergesetz	
29	Filmgesetz, FIG	
28	«Frontex» Aufstockung Grenz- und Küstenwache	
27	Transplantationsgesetz	15.05.2022
26	Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot	
25	Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung	
24	Stempelabgaben	13.02.2022
23	Massnahmenpaket zugunsten der Medien	
22	Pflegeinitiative	
21	Justizinitiative	
20	Covid-19 (Änd. 19.3.21)	28.11.2021
19	Löhne entlasten, 99%-Initiative	
18	Ehe für alle	26.09.21
17	Trinkwasserinitiative	
16	Pestizidinitiative	
15	Covid-19 Gesetz	13.06.2021
14	Co2-Gesetz	
13	Terrorismusbekämpfung	
12	Verhüllungs-, Burkaverbot	
11	Elektronische ID	07.03.2021
10	Wirtschaftspartnerschaftsabkommen Indonesien	
9	Konzernverantwortungs-Initiative	
8	Verbot Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten	26.11.2020
7	Begrenzungsinitiative	
6	Jagdgesetz Änderung	
5	Kinderabzüge direkte Bundessteuer	27.08.2020
4	Vaterschaftsurlaub	
3	Beschaffung Kampfflugzeuge	
2	Mehr bezahlbarer Wohnraum	
1	Gegen Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund sexueller Orientierung	09.02.2019

verlässlich bürgerlich  
www.monika-rueeggler.ch



# Welche Parlamentarier sind gewerbefreundlich?

**Die KMU: Rückgrat der Wirtschaft**  
Der Werk- und Finanzplatz Schweiz ist auf liberale Rahmenbedingungen angewiesen. Staatliche Hürden und übermässige Bürokratie dürfen den Unternehmensegeist nicht einschränken. Stattdessen sind Massnahmen zu ergreifen, um die Gründung neuer Unternehmen zu erleichtern und den bestehenden Betrieben Freiraum für Innovation und Wachstum zu geben.

**Wie KMU- und gewerbefreundlich sind die Parlamentarier?**  
Der Schweizerische Gewerbeverband wollte es genau wissen. Er liess für die Periode 2019 bis 2022 auf der Basis von über 459 KMU-relevanten Abstimmungen im Parlament eine Rangliste der gewerbefreundlichsten Parlamentarier erstellen. Fazit: Das Obwaldner Gewerbe wird von seiner Nationalrätin stark unterstützt:

**Unter den 200 Nationalräten belegt Monika Rüeegg den 21. Rang.**  
Über alles gesehen belegen SVP- und FDP-Vertreter die Plätze 1 bis 84, Mitte-Parlamentarier finden sich ab Rang 85, GLP-Vertreter erst ab Rang 107, gefolgt von den Schlusslichtern, den wenig wirtschaftsfreundlichen Politikern von SP und den Grünen.



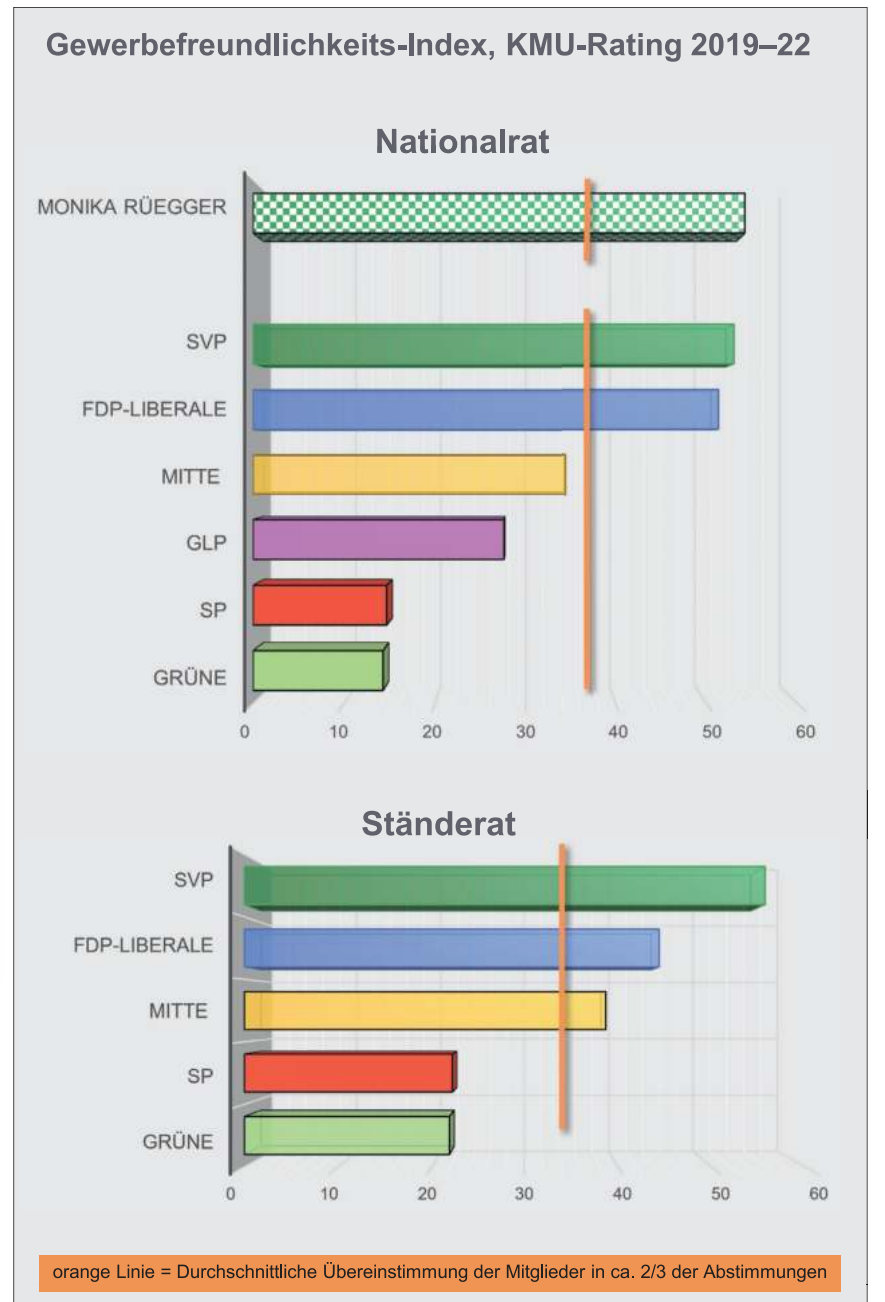
**Rätsel Wettbewerb**

Keystone, Peter Klauzner

Details zum Rating und die Liste der KMU-relevanten Abstimmungen finden Sie auf der Webseite des SGV [www.sgv-usam.ch](http://www.sgv-usam.ch) oder mit diesem QR-Code:



**Wofür ich einstehe**  
[www.monika-rueegg.ch/standpunkte](http://www.monika-rueegg.ch/standpunkte)



## Machen Sie mit und gewinnen Sie!

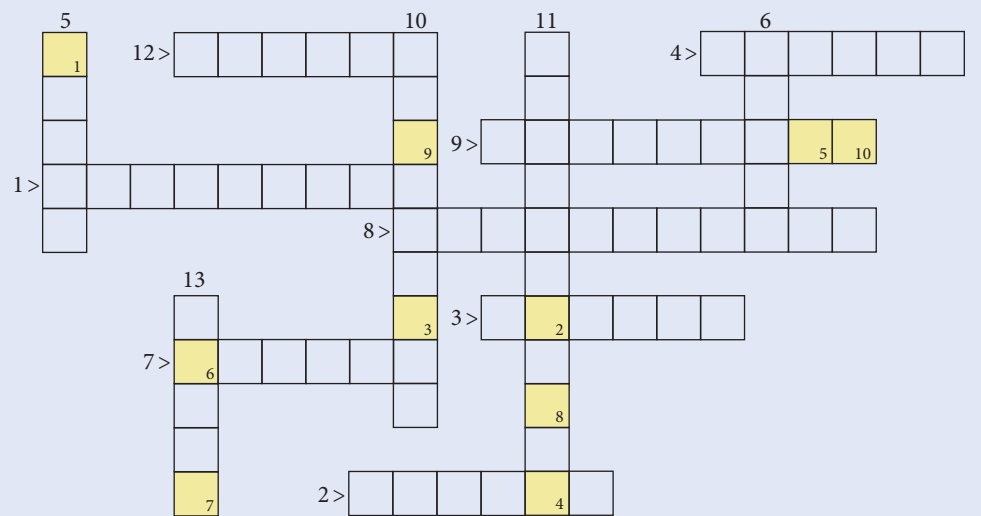
Unter den Einsendungen mit dem richtigen Lösungswort verlosen wir einen Bundeshausbesuch in Bern mit Führung durch Monika Rüeegg inklusive Mittagessen für zwei Personen.

1. Anderes Wort für Bundesrat
2. So werden Kantone auch genannt
3. Höchster Berg Obwaldens
4. Traditionsschwinget in OW
5. Volkswirtschaftsdirektor OW
6. Amtsjüngster Bundesrat
7. Kantonsratspräsident OW
8. Gesetzgebende Institution
9. Symbol im Obwaldner Wappen
10. Präsident SVP Obwalden
11. Scherzhafte Bezeichnung für Kanton OW
12. Vorsteher EDA
13. Bezeichnung für Frau im oberen Sarnertal

Viel Glück!



→ Senden Sie das Lösungswort bis zum 22. Okt 2023 an: [www.monika-rueegg.ch/kontakt](http://www.monika-rueegg.ch/kontakt)



Umlaute = ä, ö und ü

# Ja zur einheimischen Landwirtschaft!

Natürlich und «von Haus aus» stehe ich für unsere Landwirtschaft – für eine produzierende, moderne und wirtschaftsfördernde Nahrungsmittelproduktion.

Im Fokus ist unsere regionale, voralpine Land- und Milchwirtschaft. Wie in keinem anderen Wirtschaftssektor ist die Landwirtschaft von absurder Überregulierung betroffen.

Ganze 4000 Seiten Rechtsprechung, wie Economiesuisse errechnet hat, umfassen all die Vorschriften für die Bauern in Form von Gesetzen, Verordnungen, Vollzugshilfen, Wegleitungen oder Handbüchern zum Voll-

zug, Merkblätter etc. Darin wird vom Steinhaufen über flexible Gummilappen bei Krippenwänden bis hin zum unangemeldeten Kontrolleur alles geregelt. Bäuerliche Bürokratie ad absurdum.

Um dem entgegenzuhalten, braucht es bürgerliche Politiker.

Wie bereits zwischen 2019 und 2023 würde ich mich auch in der kommenden Legislatur aktiv für landwirtschaftliche Anliegen einsetzen, z.B. gegen die unkontrollierte Ausbreitung des Wolfs, gegen den Agrarlandverlust und gegen weitere Verschärfungen in der Landwirtschaft durch Gesetze und

Verordnungen. Denn der lebensfremde Wunsch Katalog links-grüner Politiker zum radikalen Umbau der Schweizer Landwirtschaft, bis hin zur veganen Landwirtschaft, ist noch lange nicht am Ende.





# Obwaldner empfehlen Monika zur Wahl

«Weil sie nachweislich zu den wirtschaftsfreundlichsten Parlamentariern gehört.»

Dr. Beat Hess, Engelberg, VR-Präsident Holcim bis 2023



«Weil sie sich für uns Bauern und für die Land- und Alpwirtschaft einsetzt.»

Peter Abächerli, Giswil, Präsident Bauernverband OW



«Weil sie für unsere Werte einsteht und unsere Traditionen lebt.»

Karl Rohrer, Sachseln | KARO Schreinerei | Zimmerei  
Präsident Innerschweizer Trachtenfest



«In der Politik brauchen wir engagierte Frauen. Monika hat die Obwaldner Landwirtschaft und die Bauernfamilien in den letzten 4 Jahren voll unterstützt, deshalb wähle ich sie mit Überzeugung wieder in den Nationalrat.»

Petra Rohrer-Stimming, Sachseln, Co-Präsidentin Landfrauenverband Obwalden



«Weil sie politisch erfahren und hervorragend vernetzt ist. Weil sie weiss, wie man Ziele am schnellsten und besten erreicht.»

Ivo Herzog, Alpnach | Herzog Marinecenter AG, Alpnach



«Weil sie andere Meinungen akzeptiert und andersdenkende Menschen – auch in Krisen wie «Corona» – nie diskreditiert hat.»

Lisa Wirz, Wilen



«Weil sie anpackt. Weil sie Resultate liefert. Weil sie überzeugt.»

Beat von Deschwanden, Kerns, Gemeindepräsident | Leiter Sportbahnen Melchsee Frutt



«Weil sie pragmatisch, für die Menschen, und nicht ideologisch entscheidet.»

Dani Blättler, Kerns, Geschäftsführer Bauernverband OW



## Dafür setze ich mich ein:

- ✓ Für ein lebenswertes **Obwalden**
- ✓ Für unsere **Eigenständigkeit**, für die direkte Demokratie
- ✓ Für eine **weltoffene** und selbstbewusste Schweiz
- ✓ Für unsere **Wirtschaft**, für die KMU
- ✓ Für eine produzierende **Landwirtschaft**
- ✓ Für einen sozialen und schlanken **Staat**
- ✓ Für die Wertschätzung traditioneller **Familienpolitik**
- ✓ Für eine bezahlbare **Gesundheitspolitik**
- ✓ Für eine an die Demografie gekoppelte **Altersvorsorge**
- ✓ Für technologischen **Fortschritt** und Innovationen
- ✓ Für eine realistische und bezahlbare **Klima- und Umweltpolitik**
- ✓ Für eine **kontrollierte** Zuwanderung

## Am 22. Oktober 2023: Monika Rügger wieder in den Nationalrat

